

Liebe Freundinnen und Freunde!



Zunächst versuchte die Landesregierung lange den Anschein zu erwecken, als machte die Finanzkrise einen Bogen um die HSH Nordbank und die Sparkassen im Norden. Landesfinanzminister Wiegard verschwieg dem Parlament unbequeme Wahrheiten, deshalb haben die Grünen seinen Rücktritt gefordert.

Personen auszutauschen, reicht aber nicht. Wie sich die Sparkassen neu aufstellen können und was aus den Landesbanken werden soll, erläutert Monika Heinold.

Der Einfluss der Frauen auf Wirtschafts- und Finanzentscheidungen ist auch heute – trotz der ersten Kanzlerin in der Geschichte der Bundesrepublik – noch gering. Vor neunzig Jahren konnten in Deutschland Frauen erstmals wählen. Bei den Grünen gestalten Frauen erfolgreich Finanz- und Wirtschaftspolitik. Dies muss auch in der „freien Wirtschaft“ möglich sein. Mehr dazu findet ihr im Artikel auf dieser Seite.

Gegen die negativen Folgen der Finanzkrise hat die Bundesregierung zwei große Finanzpakete aufgelegt. Die Grünen haben kritisiert, dass diese Milliardenausgaben in ihrer Wirkung verpuffen. Wir haben dagegen ein Konzept unter dem Motto „Green New Deal“ entworfen. Was dies konkret bedeutet, beschreibt unser Fraktionsvorsitzender Karl-Martin Hentschel.

Das Gegenteil von einem grünen Deal praktiziert die Landesregierung im Umgang mit den Grünlandflächen in der Landwirtschaft. Statt in ausreichendem Maße Brache und naturbelassene Landschaft zu fördern, gibt das Landwirtschaftsministerium Anreize zur intensiven Nutzung dieser sensiblen Flächen. Mehr dazu im Beitrag von Detlef Matthiessen.

Einen sonnigen, grünen Frühlingsanfang wünscht **Angelika Birk**, bildungs- und sozialpolitische Sprecherin.

Frauenpolitik konkret

Von *Angelika Birk*

Vor neunzig Jahren haben Frauen zum ersten Mal in Deutschland wählen dürfen. Bis heute aber beträgt ihre Präsenz in den deutschen Parlamenten weit unter 40 Prozent. In den Entscheidungsgremien der deutschen Wirtschaft findet sich in Deutschland kaum eine Frau. Nicht zuletzt die Finanzkrise zeigt: Männer sind fast immer betroffen, wenn es jetzt darum geht, wer in den Vorständen und Aufsichtsräten die Verantwortung trägt. Frauen finden sich meistens auf den Arbeitsplätzen, die im Zuge der Wirtschaftskrise zuerst in Gefahr geraten.

Die Landtagsfraktion hat die Landesregierung daher aufgefordert, sich im Bund dafür einzusetzen, dass, wie in Norwegen, Aufsichtsräte zwingend zu 40 Prozent mit Frauen zu besetzen sind und endlich auch die Privatwirtschaft gesetzlich auf

Geschlechtergerechtigkeit verpflichtet wird. Außerdem soll die Landesregierung noch in diesem Jahr den schon im letzten Jahr fälligen Bericht über den Standard der Gleichstellung im öffentlichen Dienst vorlegen. Keinesfalls darf die Landesregierung die Haushaltsbeschlüsse zur Landesförderung der Notrufe und Beratungsstellen für Frauen und Mädchen durch eigenmächtige Kürzungen konterkarieren (DS 16/2457). ●



Susanne-Berghoff-pixelio

In die neue industrielle Revolution investieren

Schleswig-Holstein ist ein Musterbeispiel dafür, was die grüne industrielle Revolution leisten kann.

An der Westküste ist die grüne Industrie der Wirtschaftsfaktor Nummer zwei hinter dem Tourismus.

Von Karl-Martin Hentschel

„New Deal“ war das Konjunkturprogramm, mit dem der amerikanische Präsident Roosevelt sein Land aus der großen Weltwirtschaftskrise führen wollte, die mit dem Zusammenbruch der Börsen im Jahr 1929 begonnen hatte. Heute sehen uns viele Wirt-

forderungen gemeinsam löst – die Weltwirtschaftskrise, den Klimawandel und die ungerechte Verteilung von Wohlstand. Wir brauchen eine neue industrielle Revolution, wir brauchen den „Green New Deal“.

Die Finanzkrise bedeutet auch eine riesige Chance. Selten zuvor wurde so

küste ist die grüne Industrie der Wirtschaftsfaktor Nummer zwei hinter dem Tourismus. In Husum liefert sie bereits 40 Prozent des Bruttosozialprodukts.

Es ist ein Trauerspiel, wie die großen Koalitionen in Bund und Land dabei sind, diese Jahrhundertchance zu vergehen.

Der größte Aberwitz ist die Abwrackprämie von 2.500 Euro. Die soll angeblich auf einen Vorschlag der SPD zurückgehen und wird uns als Umweltprämie verkauft. Die Prämie ist Unsinn, weil es keinerlei Kopplung an den CO₂-Ausstoß des Neuwagens gibt und die Prämie ist Unsinn, weil die Autokäufe nur vorgezogen werden. Wenn der Prämientopf alle ist, wird die Krise nur umso schlimmer.

Der größte Arbeitmarkteffekt ist erreichbar durch Investitionen in die Wärmedämmung von Gebäuden. Das schafft qualifizierte Arbeitsplätze vor Ort für das Handwerk. Ein solches Programm löst Multiplikatoreffekte von mindestens 5 zu 1 aus: Ein investierter Euro des Staates schafft hier fünfmal soviel Arbeitsplätze wie im Straßenbau.

Es wird Zeit, den Wettkampf um die Zukunft aufzunehmen, unsere Chancen zu nutzen und hier in Schleswig-Holstein wieder in die dritte industrielle Revolution zu investieren. ●

Mehr zum Thema: <http://is.gd/iVYK>



Energienstiftung S.-H.

Wärmedämmung zahlt sich nach wenigen Jahren aus.

schaftsexperten vor einer ähnlich tiefgreifenden Krise stehen. Die Verfechter des Neoliberalismus, die immer weniger staatliche Kontrolle des Finanzsystems gefordert haben, stehen nun vor einem Scherbenhaufen.

Was wir jetzt brauchen, ist ein System, das unsere drei gigantischen Heraus-

viel Geld für Investitionen bereitgestellt. Nie zuvor war die Gelegenheit günstiger, einen Strukturwandel in der Wirtschaftspolitik – hin zu mehr Nachhaltigkeit – einzuleiten.

Schleswig-Holstein ist ein Musterbeispiel dafür, was die grüne industrielle Revolution leisten kann. An der West-

Konsequenzen aus der Finanzmarktkrise für Sparkassen und Landesbanken

Von *Monika Heinold*

Wir Grüne haben uns immer für den Erhalt der Sparkassen als öffentlich-rechtliche Institute eingesetzt. Sie versorgen 50 Prozent der Betriebe mit Krediten und sichern das Konto für jedermann/frau. Sie sind kommunal verankert und dem Gemeinwohl verpflichtet. Eine (Teil-)Privatisierung der Sparkassen würde diese Aufgaben gefährden. Deshalb lehnen wir sie ab.

Als Anteilseigner der HSH Nordbank sind die Sparkassen auch von den hohen Verlusten dieser Bank betroffen. Schlimmstenfalls kann dies ihre Existenz gefährden. Damit die Sparkassen in der Finanzmarktkrise nicht unter die Räder kommen, fordern wir, dass das Land notfalls einspringt und den Sparkassen ihre Anteile zu einem fairen Preis abkauft.

Ursprüngliche Aufgabe der Landesbanken war es, die Sparkassen und die größeren Betriebe vor Ort mit Krediten zu versorgen und die strukturelle Weiterentwicklung des Landes zu unterstützen. Nun müssen wir feststellen: Die Landesbanken haben sich von diesen Zielen weit entfernt und wurden zu Globalplayern, die auf Gewinnmaximierung setzten und sich an hochriskanten Geschäften beteiligt haben.

Aufgabe des Staates ist es aber nicht, mit Steuergeldern Monopoly zu spielen. Deshalb schlage ich vor, dass das Land seine Anteile an der HSH-Nordbank in den nächsten Jahren verkauft. Die regionale Kreditversorgung kann auch anders

sicher gestellt werden – durch die Gründung eines Sparkassen-Bundeszentralinstitutes in Berlin mit sieben Filialen. Damit wäre auch weiterhin im norddeutschen Raum ein Ansprechpartner für die Sparkassen, für das Land und für die Wirtschaft vorhanden. ●



Mit Steuergeldern darf man nicht Monopoly spielen.

Schleswig-Holstein ist Deutscher Meister bei Grünlandvernichtung

Von *Detlef Matthiessen*

Artenreiche Wiesen und Weiden, das so genannte Grünland, prägt unser Landschaftsbild und hat eine einzigartige Bedeutung für die biologische Vielfalt. In Deutschland kommen im Grünland mehr als 2.000 Pflanzenarten vor, das sind rund 52 Prozent des Artenbestandes bei uns überhaupt. Dies ist auch ein Grund, warum die Europäische Union bereits in den 90er Jahren durch die Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-Richtlinie) von allen Mitgliedsstaaten einfordert, das Grünland zu erhalten.

Trotz alledem schreitet der Verlust dieser wichtigen Lebensräume weiter voran. Dies ergibt sich aus neuen Zahlen, die die Bundesregierung auf eine schriftliche Anfrage der Grünen hin mitgeteilt hat. Drei Prozent der Fläche sind im Bundesdurchschnitt seit 2003 verloren gegangen. Und Schleswig-Holstein?

Unser Land belegt einen traurigen Spitzenplatz! Bei der Grünlandvernichtung sind wir Deutscher Meister. In Schleswig-Holstein waren es acht Prozent Verlust zwischen 2003 und 2008. Das ist die Bilanz der Politik des angeblichen Umweltministers von Boetticher, der sich lieber auf seine Rolle als Bauernminister beschränkt. 28.000 Hektar Fläche, 280 Quadratkilometer, soviel wie die Flächen von Kiel, Flensburg und Neumünster zusammengenommen, wurden vernichtet.

Die Landesregierung muss endlich Maßnahmen ergreifen, um diesen Aderlass an biologischer Vielfalt zu stoppen. Wie in den Meeren die Korallenriffe, sind unsere Wiesen und Weiden Tummelplätze der Artenvielfalt. Wir brauchen nicht weniger, wir brauchen mehr davon. ●



Birnentausch

Gemeinsam mit den Grünen in Flensburg, Rendsburg, Lübeck und Schleswig warben die Grünen Landtagsabgeordneten unter dem Motto „Stromwechsel“ für den Umstieg auf Strom aus Erneuerbaren Energien. Zusätzlich hatten die Bürgerinnen und Bürger Gelegenheit, mitgebrachte Glühbirnen kostenlos gegen Energiesparlampen zu tauschen. Die Aktion war vorher in der Tagespresse angekündigt worden und stieß auf hohe Resonanz.

„Gib mir deine – kriegst du meine“, Monika Heinold verteilt Energiesparbirnen.

Klimaschutz im Konjunkturprogramm

Durch das Konjunkturprogramm fließen jetzt große Beträge an die Kommunen. Wir Grünen sollten vor Ort besonders darauf achten, dass das Geld nicht in gestrige Technologien und Bauweisen gesteckt wird. Bei allen Baumaßnahmen sollten Nachhaltigkeitskriterien angewendet werden. Dies bedeutet die Berücksichtigung optimaler energetischer Standards (Niedrigenergie- oder Passivbauweise). Wer heute eine Turnhalle saniert oder einen Klassenraum baut und dabei den Energieverbrauch minimiert, der sorgt dafür, dass auch morgen noch genug Geld in der Kasse bleibt um Schulbücher zu kaufen und SozialpädagogInnen zu beschäftigen.

Karl-Martin Hentschel

Der Girls-Day – Mädchen-Zukunftstag

Junge Frauen haben in Deutschland inzwischen eine besonders gute Schulbildung. Dennoch entscheiden sich Mädchen bei ihrer Ausbildungs- und Studienwahl noch immer häufig für „typisch weibliche“ Berufe oder Studienfächer. Der Girls-Day gibt Mädchen zwischen 10 und 15 Jahren die Gelegenheit, in typisch „männliche“ Berufsfelder hinein zu schnuppern. Bei den Grünen werden Frauen durch die Quotenregelung und besondere Mentorinnenprogramme besonders gefördert.

Davon könnt ihr euch selbst überzeugen und den Alltag von Politikerinnen und Parlamentsmitarbeiterinnen kennenlernen.

Bewerbt euch für den Girls-Day am 23. April bei karen.bartels@gruene.ltsh.de.

„Erzwungene Wege“

Lubja Chevyreva/Marlis Rathje, Bürgerinitiative „Gedenkstein für Zwangsarbeiter“



Die Künstlerin Luba Chevyreva hat ZeitzeugInnen, ehemalige Kriegskinder, ZwangsarbeiterInnen, Flüchtlinge und Vertriebene interviewt und mit ihnen gemeinsam aus ausrangierten Munitionskisten Erinnerungskisten mit Berichten aus der Kriegszeit 1939 - 45 gestaltet.



Zu sehen sind die Werke vom 25.02.09 - 20.03.09, Mo - Fr von 9:00 - 18:00 Uhr.

www.sh.gruene-fraktion.de -> Themen -> Kultur